Blickpunkt Berlin

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Jahresauftakt sind die zahlreichen Neujahrsempfänge in der Stadt Würzburg und den Gemeinden im Landkreis lebendige Orte der Begegnung und des Austauschs. Traditionell eröffnete die Würzburger CSU das politische Jahr am Namensfest der Heiligen Drei Könige. Zu diesem Neujahrsempfang kamen neben Innenminister Joachim Herrmann rund 700 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Direkt im Anschluss ging es für mich ins verschneite Seeon zu meiner ersten Winterklausur der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

Mit Zuversicht stellen wir uns den Aufgaben des Jahres 2026: Wir wollen die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen, mit der Umwandlung des Bürgergeldes in eine neue Grundsicherung die Leistungsgerechtigkeit stärken, unserer internationalen Verantwortung gerecht werden und Deutschland insgesamt wieder nach vorne führen. In meiner Rede zur neuen Grundsicherung habe ich dabei besonders die notwendige Kurskorrektur hin zum Prinzip des Förderns und Forderns betont: Gut und auskömmlich bezahlte Arbeit ist und bleibt der beste Schutz vor Armut.

Mit dem Beginn der weltweit größten Agrar- und Ernährungsmesse, der „Grünen Woche“, möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich herzlich bei allen Landwirtinnen und Landwirten für ihren unermüdlichen Einsatz zu bedanken. Besonders freut es mich, dass unser Bundesland in der Bayernhalle erneut so stark vertreten ist und damit einmal mehr seine Bedeutung für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum unterstreicht.

Wie immer freue ich mich über Ihre Ideen, Anregungen und Kritik.
Ein schönes Wochenende wünscht Ihnen und Euch

Ihre

Dr. Hülya Düber

Winterklausur in Seeon

Das politische Jahr 2026 begann für uns mit der Winterklausurtagung der CSU im Deutschen Bundestag im oberbayerischen Seeon. Nach den Weihnachtstagen, die Gelegenheit zum Krafttanken boten, haben wir uns dort intensiv mit den politischen Schwerpunkten für das kommende Jahr befasst – entschlossen im Handeln für Deutschland und mit klarem Blick auf unsere internationale Verantwortung.

Die Klausur war geprägt von einem offenen und konstruktiven Austausch innerhalb der Fraktion sowie von Gesprächen mit hochrangigen Gästen aus dem In- und Ausland. Zu Gast waren unter anderem unser Parteivorsitzender und Bayerischer Ministerpräsident Dr. Markus Söder sowie Bundeskanzler Friedrich Merz.

Im Gespräch mit Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie

In Seeon haben wir zahlreiche richtungsweisende Beschlüsse gefasst, darunter:

- Wachstum für unsere Wirtschaft durch gezielte Entlastungen
- Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit
- Deutschland wetterfest machen – mit einem Pakt für den Bevölkerungsschutz gemeinsam mit den Ländern
- Mehr Planungssicherheit und weniger Vorschriften beim Bauen, ergänzt durch einen Investitionsfonds für den Wohnungsbau
- Unterstützung von Unternehmen bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- durch die Landarztquote ein Medizinstudium auch ohne Abiturschnitt von 1,0 ermöglichen
- Hebammen gezielt unterstützen und außerklinische Geburtshilfeangebote wie Geburtshäuser in die Versorgungsplanung einbeziehen
- Straßen- und Schienenbauvorhaben deutlich beschleunigen
- Landwirtschaft stärken – für unsere Ernährungs- und Versorgungssicherheit

- Mut zum Gründen entfalten durch gezielte Unterstützung von Start-ups
- Ausbau Deutschlands als Space-Zentrum in Europa
- Weiterentwicklung von BAföG und Aufstiegs-BAföG zu echten Chancen-Boostern
- Senkung der Stromsteuer für alle
- Die Ukraine weiterhin politisch, militärisch und finanziell unterstützen
- Die Partnerschaft mit Israel vertiefen
- Verpflichtende Sprachtests im Vorschulalter einführen
- Ehrenamt wertschätzen und stärken – mit einem Zukunftspakt Ehrenamt

Die Winterklausur hat damit klare Leitplanken für unsere politische Arbeit im Jahr 2026 gesetzt.

Ehrengast in der Arbeitsgruppe Petitionen

Als Zeichen der Wertschätzung stellte sich am Dienstag der Fraktionsvorsitzende Jens Spahn den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Petitionen für einen offenen Austausch zur Verfügung.
Als ehemaliges Mitglied des Petitionsausschusses weiß er um die besondere Bedeutung dieses Instruments parlamentarischer Beteiligung. Ob Strompreise oder sichere Straßen und Schienen – viele ganz konkrete Alltagssorgen der Menschen erreichen uns über Petitionen unmittelbar.

Der Austausch war sehr konstruktiv. Ich habe dabei betont, wie wichtig es ist, dass der Petitionsausschuss als Seismograf gesellschaftlicher Stimmungen im parlamentarischen Gefüge ernst genommen wird. Wir dürfen nicht müde werden, für diese einzigartige und niedrigschwellige Form demokratischer Partizipation zu werben.

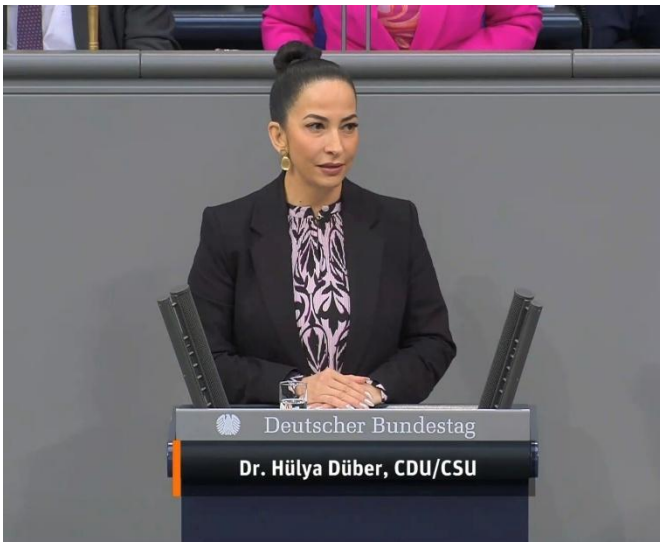
Erste Lesung zur neuen Grundsicherung – Verantwortung für einen tragfähigen Sozialstaat

In dieser Sitzungswoche hat der Deutscher Bundestag in erster Lesung über mehrere Gesetzentwürfe und Anträge zur Zukunft der Grundsicherung beraten. Im Mittelpunkt stand der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuausrichtung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – ein zentraler Baustein für die Weiterentwicklung unseres Sozialstaats.

In meiner Plenarrede habe ich deutlich gemacht, dass der Sozialstaat zu den größten Errungenschaften unseres Landes gehört. Er sichert soziale Absicherung, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig gilt aber auch: Damit dieses System dauerhaft tragfähig bleibt und Akzeptanz findet, braucht es Verlässlichkeit, klare Regeln und die Bereitschaft zu Reformen.

Der Gesetzentwurf zur neuen Grundsicherung folgt aus meiner Sicht einem klaren und ausgewogenen Prinzip: Hilfe dort, wo sie notwendig ist und Mitwirkung dort, wo sie möglich ist. Solidarität und Eigenverantwortung sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Ein solidarisch finanzierter Sozialstaat kann nur funktionieren, wenn Unterstützung nicht losgelöst von eigener Mitwirkung gedacht wird.

Ein zentraler Punkt meiner Rede war deshalb der Vorrang der Vermittlung in Arbeit. Arbeit ist der beste Schutz vor Armut – nicht nur als politische Überzeugung, sondern belegt durch zahlreiche Studien und Berichte. Erwerbsarbeit bedeutet Einkommen, soziale Absicherung, Teilhabe und Perspektive. Genau darauf muss Grundsicherung ausgerichtet sein. Der Sozialstaat unterstützt Menschen auf diesem Weg verlässlich, aber nicht bedingungslos.



Wer erwerbsfähig ist, soll seine Arbeitskraft im zumutbaren Umfang einbringen. Gleichzeitig habe ich betont, dass Unterstützung immer fair und nachvollziehbar ausgestaltet sein muss. Wo Pflichten wiederholt verletzt oder Mitwirkung verweigert wird, braucht es jedoch klare Konsequenzen. Regeln entfalten nur dann Wirkung, wenn sie auch gelten. Das ist kein Ausdruck von Härte, sondern eine Voraussetzung für Gerechtigkeit und Akzeptanz im System.

Besonders wichtig war mir dabei der Praxisbezug. Aus meiner mehr als zehnjährigen Erfahrung als kommunale Sozialdezernentin und in der Verantwortung für ein Jobcenter weiß ich, wie entscheidend Verlässlichkeit, Termintreue und verbindliche Absprachen für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung sind. Viele Leistungsberechtigte wirken engagiert mit und wollen den Leistungsbezug beenden. Gleichzeitig habe ich aber auch erlebt, dass mangelnde Mitwirkung die Integrationsarbeit erschwert und Chancen ungenutzt bleiben. Diese Erfahrungen müssen in der Gesetzgebung ernst genommen werden. Ein starker Sozialstaat verwaltet keine Perspektivlosigkeit, sondern eröffnet Wege in Arbeit, stärkt Eigenverantwortung und schafft echte Zukunftschancen.

Die erste Lesung zur neuen Grundsicherung war ein wichtiger Schritt in diesem parlamentarischen Verfahren. In den kommenden Beratungen wird es nun darum gehen, die Reform weiter zu präzisieren und verantwortungsvoll auszugestalten – im Interesse der Menschen und der Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaats. Den vollständigen Link zur Rede finden Sie hier: https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7647419

Digitaler Führerschein kommt 2026: Bürokratie abbauen, Alltag erleichtern

Mit der ersten Sitzungswoche des neuen Jahres im Deutscher Bundestag setzen wir klare Schwerpunkte: Wachstum ermöglichen, Bürokratie abbauen und Deutschland konsequent digitalisieren. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Digitalisierung im Verkehrsbereich.

An diesem Freitag haben wir in erster Lesung den Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften beraten.
Damit schaffen wir die rechtlichen Voraussetzungen für einen echten Fortschritt im Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger: den digitalen Führerschein.

Nach der Einführung des digitalen Fahrzeugscheins führen wir die Digitalisierung im Verkehr konsequent fort. Bis Ende 2026 soll der digitale Führerschein in der i-Kfz-App abrufbar sein. Ähnlich wie Bankkarten oder Konzerttickets werden dann alle wichtigen Fahrzeugdokumente vollständig digital verfügbar sein – sicher, praktisch und jederzeit griffbereit. Damit setzen wir den Koalitionsvertrag konsequent um und gehen einen weiteren Schritt hin zu einer modernen, serviceorientierten Verwaltung.

Ein weiterer zentraler Bestandteil der Gesetzesänderung ist die digitale Parkraumüberwachung. Sie eröffnet Kommunen neue Möglichkeiten, Parkraumverstöße einfacher, effizienter und rechtssicher zu ahnden. Gerade Städte und Gemeinden werden dadurch spürbar entlastet – personell wie organisatorisch.

Gleichzeitig sorgen wir für mehr Fairness im Straßenverkehr: Der gewerbliche Handel mit Punkten für Verkehrsverstöße wird ausdrücklich verboten. Wer Punkte verkauft oder kauft, muss künftig mit hohen Bußgeldern von bis zu 30.000 Euro rechnen. Damit machen wir klar: Verkehrsregeln gelten für alle und Verantwortung lässt sich nicht kaufen.

Mit diesem Gesetz bringen wir Digitalisierung, Entlastung der Kommunen und mehr Gerechtigkeit im Straßenverkehr zusammen. Ziel ist es, den Alltag einfacher zu machen, Verwaltung effizienter zu gestalten und Vertrauen in staatliches Handeln zu stärken.

Bejagung des Wolfs ermöglichen – Weidetierhaltung schützen, Sicherheit gewährleisten

Der Deutscher Bundestag hat in dieser Woche in erster Lesung über die Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht beraten. Während Weidetierhalter diesen Schritt begrüßen, gibt es auch kritische Stimmen aus dem Tierschutz. Für mich ist klar: Der Schutz von Weidetieren und die Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum müssen Priorität haben.

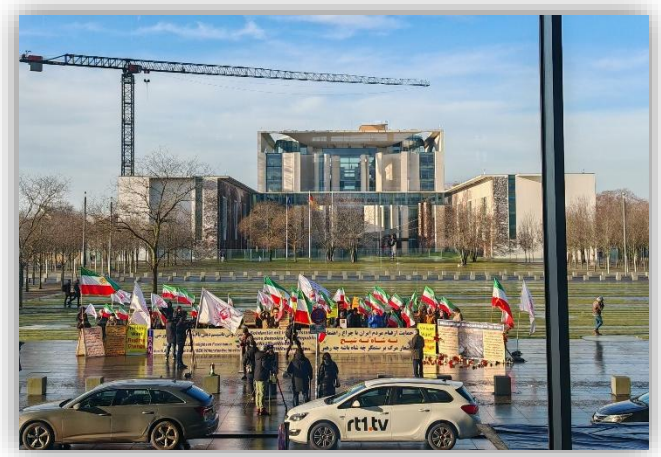
Unser Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer hat ebenso wie die Landwirtschaftspolitiker der Fraktion deutlich gemacht, dass es nicht um eine Ausrottung des Wolfs geht. Ziel ist vielmehr ein verantwortungsvolles Bestandsmanagement zum Schutz von Nutztieren. Risse von Weidetieren belasten die Halterinnen und Halter wirtschaftlich wie emotional.

Mit inzwischen rund 200 Wolfsrudeln in Deutschland ist politisches Handeln notwendig.
Die Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht schafft die Möglichkeit, dort einzugreifen, wo es erforderlich ist – bei gleichzeitigem Erhalt des günstigen Erhaltungszustands der Art.
So sorgen wir für einen fairen Ausgleich zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis der Menschen im ländlichen Raum.

Wut der Menschen auf die Mullah-Herrschaft im Iran

Angesichts des brutalen Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen Demonstrierende im Iran erreichen uns Parlamentarier zahlreiche Anfragen. Wir haben großen Respekt vor dem Mut und der Stärke der Menschen, die die massive Unterdrückung ihrer Freiheit nicht länger hinnehmen wollen.
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verurteilt die schweren Menschenrechtsverletzungen und die Repressionen gegenüber der iranischen Bevölkerung aufs Schärfste. Wir unterstützen die berechtigten Forderungen des iranischen Volkes nach einem Leben in Freiheit und Demokratie.

Mein CSU-Kollege Stephan Mayer, Außenpolitiker unserer Fraktion, mahnt zugleich mehr Geschlossenheit der Europäer gegenüber dem Iran an. Der politische Druck müsse weiter erhöht werden, etwa durch eine Einstufung der Revolutionsgarden als Terrororganisation.
Die Bundesregierung setzt sich auf nationaler und europäischer Ebene für eine kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung der EU-Sanktionen ein und stimmt sich dabei eng mit den europäischen Partnern ab.



Landwirtschaft und Weinbau der Zukunft

In wirtschaftlich herausfordernden Zeiten setzt Bayern auf der Internationale Grüne Woche ein starkes Zeichen: Betriebe präsentieren dort die ganze Vielfalt regionaler Erzeugnisse – von feinen Frankenweinen über Imkerhonig und Bratwürste bis hin zu Strohschwein und würzigem Bergkäse. Ergänzt wird der Auftritt durch die Sonderfläche „Servus Urlaub“, die Lust auf Ferien im eigenen Land macht.

Für meine Fraktion ist die Grüne Woche ein wichtiger Anlass, die Bedeutung der Landwirtschaft für unsere Gesellschaft zu unterstreichen und den Landwirtinnen und Landwirten ausdrücklich zu danken. Ihre Arbeit steht für regionale Wertschöpfung, gesunde Lebensmittel und Versorgungssicherheit. Sie bewahren unsere Kulturlandschaften, unsere Traditionen und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt der Schöpfung.

Gleichzeitig stehen die Landwirtschaft und in der Region Würzburg insbesondere auch der Weinbau vor großen Herausforderungen. Hohe bürokratische Auflagen und der zunehmende Preisdruck belasten viele Betriebe erheblich. Dumpingpreise im Lebensmitteleinzelhandel, etwa bei Butter, entlasten zwar Verbraucherinnen und Verbraucher kurzfristig, setzen landwirtschaftliche Betriebe jedoch massiv unter Druck.

Meine Haltung ist klar: Landwirtinnen und Landwirte müssen von ihrer Arbeit leben können. Zugleich dürfen gute, gesunde und hochwertige Lebensmittel kein Luxusgut werden. Unsere politische Antwort auf dauerhaft niedrige Erzeugerpreise – etwa bei Fleisch, Zucker oder Kartoffeln – ist die gezielte Entlastung der Betriebe. Dazu gehören die Wiedereinführung der vollen Agrardieselrückerstattung, eine Senkung der Stromsteuer sowie ein spürbarer Abbau bürokratischer Hürden.

Unser Ziel ist es, die Attraktivität der Landwirtschaft als prägendes Kulturgut des ländlichen Raums zu erhalten und bäuerliche Betriebe auch für kommende Generationen zukunftsfest aufzustellen. Gleichzeitig müssen wir im Blick behalten, dass sich inzwischen rund 45 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher beim Lebensmitteleinkauf einschränken müssen.

Gerade deshalb appelliere ich an Weinliebhaberinnen und Weinliebhaber, bewusst zu regionaler Qualität zu greifen und heimische Produkte zu unterstützen, statt auf Billigimporte aus aller Welt zu setzen.

Dr. Hülya Düber MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • (030) 227 – 71447
huelya.dueber@bundestag.de
Wahlkreisbüro: Steinachstr. 3b • 97082 Würzburg • (0931) 4679 172